

daraus, daß die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln nicht nach ihrem Wunsche festgesetzt worden sind. Das zeigte sich auch darin, daß die von ihr gewünschte Beschlagnahme der Getreidevorräte, die sie der Verbilligung der Nahrungsmittel halber empfohlen hatte, in den ersten fünf Kriegsmonaten nicht stattfand. Der Staat griff hier nicht im Interesse der Arbeiterschaft ein, sondern tat es schließlich im eigenen Interesse. Das Getreidemonopol war notwendig geworden, um den Krieg durchführen zu können. Durch Preistreiberei allein konnte man das Strecken der Getreidevorräte nicht mit Sicherheit herbeiführen. Als man sich darüber klar war, kam im Januar 1915 das Monopol. Im Februar 1915 erwies es sich als notwendig, die Verfüterung der Kartoffeln zu verhindern. In diesem Falle griff man bisher nicht zur Beschlagnahme und Verteilung der Vorräte, sondern der Bundesrat begnügte sich damit, die Höchstpreise für die Kartoffeln heraufzusetzen. Die Beschlagnahme hätte eine Erleichterung für die Volksmassen bedeutet, die neuen Höchstpreise sind eine große Belastung.

Die Deutsche Rohhaut-Aktiengesellschaft, die Flach-, die Kautschuk- und die Juteabrechnungsstelle, die Kriegschemikalien-, die Kriegskammwoll-, die Kriegsleder-, die Kriegsmetall- und die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, die Leinengarn-, die Rohbaumwoll- und die Rohhaarabrechnungsstelle, die Vereinigung des Wollhandels in Leipzig (diese befaßt sich mit der Verteilung von Kämmlingen, Wollabfällen und untergeordneten Wollsorten, die aus den feindlichen besetzten Gebieten nach Deutschland übergeführt werden), ferner der Kriegsleder-Ausrüstungsverband, der Kriegstuchverband, der Kriegsweberverband haben nach der „Chemnitzer Volksstimme“ (10. Februar 1915) die Bedeutung, „daß ein großer Teil der genannten Rohstoffe dem privatkapitalistischen Verkehr entzogen und in Gemeinverwaltung überführt worden sind“. Wenn man unter Gemeinverwaltung ein gemeinsames Wirken der Unternehmer untereinander und mit den Staatsbehörden versteht, trifft der Ausdruck zu. Ich würde freilich von Gemeinverwaltung erst dann reden, wenn die Verwaltung von Vertretern der Allgemeinheit, d. h. des Volkes, wesentlich beeinflußt wird. Dies ist bei den erwähnten und den inzwischen gegründeten ähnlichen Institutionen nicht der Fall. Das Volk, das die finanziellen Lasten tragen muß und das draußen auf dem Kampffeld seine Söhne opfert, hat auf die „wirtschaftliche Mobilmachung“ nicht den notwendigen Einfluß, also auch nicht auf die Preisgestaltung. Will die Arbeiterschaft den Grundsatz, daß man sich überall durch Mitarbeit Gehör verschaffen müsse, gerade für diese Fälle nicht praktizieren?

Es ist also falsch, anzunehmen, der Staat habe während der Kriegszeit der Demokratie und der Selbstverwaltung Zugeständnisse gemacht. Auch die Unternehmer haben von ihrem Standpunkte, den sie bisher vertraten, nichts preisgegeben. Die Theoretiker des Unternehmertums, die in den Redaktionsstuben der Unternehmerpresse sitzen, halten daran fest, daß der Kriegsdienst eine Pflicht jedes Staatsbürgers sei, die keine neuen Rechte für irgendwelche Gruppen oder Schichten der Kriegsteilnehmer begründen könne. Und ihre Praktiker handeln demgemäß. Zwar finden jetzt keine großen Lohnkämpfe statt. Es gibt sogar Kriegsarbeitersgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern. Diese arbeiten nicht nur für die Arbeiter, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer. Die Arbeitsgemeinschaften wollen nicht etwa die Unternehmerprofite ausschalten. Sie suchen Notstandsarbeiten zu erhalten. Bekommen hier die Arbeiter Beschäftigung, dann finden

auch die Unternehmer ihre Profite. Gerade mit Hilfe der Vertretungen der Arbeiter in den Gemeinden lassen sich hier und da Mittel für solche Notstandsarbeiten locken machen. Dort aber, wo solche Arbeitsgemeinschaften für die Unternehmer diesen Nutzen nicht bringen können — es gibt verschiedene solcher Geschäftszweige —, da kommen auch keine Arbeitsgemeinschaften zustande. In diesen Branchen bleiben größere Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aus. Die Bergarbeiter haben sich Anfang Januar 1915 offiziell beim Reichsamt des Innern beschwert, daß die Unternehmer auch jetzt auf Aussperrungen und schwarze Listen nicht überall verzichten. Die Transportarbeiter berichten über zerstörte Hoffnungen, da bei der diesjährigen Ernennung der Seeamtsbeisitzer in Hamburg die seemannischen Arbeiter gänzlich ausgefallen sind. Die hamburgische Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe hat bei der Ernennung der Seeamtsbeisitzer die freie Gewerkschaft der Seeleute überhaupt nicht um Vorschläge befragt: „Also dasselbe Cliquenwesen und dieselbe parteiische Protektionswirtschaft wie vor dem Kriege,“ schreibt der „Courier“ in Nr. 4. Die Feldzeugmeisterei Berlin hat, ohne vorher eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen, die Unternehmer der Metallfabriken ersucht, den abgehenden Arbeitern Abfehrrscheine auszustellen, weil andere Unternehmer diese Arbeiter nur mit der ausdrücklichen Zustimmung ihres bisherigen Unternehmers anstellen sollen. In Hamburg und Stettin ist den Arbeitern der Heereslieferanten mitgeteilt worden, daß die Zurückstellungen vom Heeresdienst nur solange gelten, als der betreffende Arbeiter bei demselben Heereslieferanten tätig ist; sie treten außer Kraft, wenn der Arbeiter die Betriebsstätte wechselt, indem er bei einer anderen Rüstungsfirma eintritt. Durch diese Vorschrift, über deren militärische Notwendigkeit wir uns keine Gedanken machen wollen, werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem uneingeschränkten Ermessen der Unternehmer anheimgestellt. Wohin das führen kann, ergibt sich aus einem Bericht über eine Metallarbeiterversammlung in Stettin. Dort ist die Frage aufgeworfen worden („Volksbote“, 14. Februar 1915): „Ist vielleicht die Maßnahme des Rulkan gerechtfertigt und geeignet, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wenn an die Stelle der Guckpuzer, die wegen zu geringen Verdienstes einfach aufhören mußten, fünfzehn Stahlformer treten und zu dem Lohn der Guckpuzer von 37 Pfg. pro Stunde arbeiten sollten, was für die Stahlformer eine wöchentliche Verdiensteinbuße von zirka 20 Mark bedeutete?“ Die auf diesen Satz unmittelbar folgenden Zeilen sind im Versammlungsbericht des „Volksboten“ von der Zensur gestrichen worden. In den Rüstungsbranchen werden verschiedentlich höhere Stunden- oder Stücklöhne gezahlt, als in Friedenszeiten, so daß diese Arbeiter bei der jetzt üblichen bedeutend längeren Arbeitszeit ein wesentlich größeres Einkommen haben. Das ist aber nicht in allen Betrieben der Fall. Die „Fachzeitung für Schneider“ (16. Januar 1915) führte darüber Klage, „daß es, und zwar nicht wenig, gewissenlose Unternehmer gibt, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen nicht die festgesetzten Löhne zahlen. Ja, daß sich eine Ausbeutung der Arbeitskraft breit macht, wie sie auch in Friedenszeiten nicht schlimmer betrieben wurde.“ Eine überaus bezeichnende Probe davon, wie das gegenwärtige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern von den Arbeitern empfunden wird, gibt der Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes, der an der Spitze von Nr. 11 des Verbandsorganes erklärt: „Da es einzelne Unternehmer auch in der jetzigen schweren

Zeit nicht unterlassen können, Arbeiter aus nichtigen Gründen auf die Straße zu werfen, hat der Vorstand beschlossen: vom 1. April 1915 an wird die Gemäßregelten-Unterstützung wieder vom Verband gezahlt.“ In der Erläuterung, die dazu gegeben wird, finden wir krasse Fälle der Lohnrückerei und der Maßregelung von Arbeitern, die den Auftrag hatten, für die Interessen ihrer Kollegen einzutreten. „Die Berichte, die über einzelne Fälle von Maßregelungen wie auch über das Vornehmen von Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen — heißt es in dem Gewerkschaftsblatt — lassen erkennen, wie unbegründet die Schwarmgeisterei ist, die sich in der letzten Zeit sogar in sozialdemokratischen Versammlungen und in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse hinsichtlich der Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung deren Wirkung auf die Rechts- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes breit machte. . . . Was man uns da erzählte und noch immer erzählt, was sich da angeblich mit „Naturnotwendigkeit“ in politischer wie sozialer Beziehung Gutes für die deutschen Arbeiter aus dem gegenwärtigen Kriege ergeben soll, alles das betrachten wir nicht einmal als einen Wechsel auf die Zukunft, sondern als das Produkt der Phantasie optimistischer Pumpgenies, die schon in Entzücken getaten, wenn sie ein leeres Wechselformular sehen.“ Das dürfte genügen.

Was ist nach Kriegsausbruch auf dem Gebiete der Sozialpolitik im engeren Sinne erreicht worden? Ich denke dabei nicht etwa an die größeren und kleineren Spezialwünsche der Arbeiter. Ueber solche Ansprüche wollen wir für die Dauer der Kriegszeit gar nicht reden. Aber die Gewerkschaften, die sich mit ihrem Geld, mit allen ihren Einrichtungen den Kriegsbedürfnissen wohl oder übel unterordnen, hätten in den letzten Monaten entschieden fordern müssen, daß ihre Grundlage, das Koalitionsrecht, von all den gegen sie geschmiedeten Plänen, durch klare Zusicherungen geschützt wird. Zwar ist in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre ausgesprochen worden („Korrespondenzblatt der Generalkommission“ vom 16. Januar 1915), daß die vor dem Kriege geplant gewesenenen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften, die das Etikett „Arbeitswilligenschutz“ trugen, infolge des Krieges endgültig als beseitigt anzusehen seien. Wenige Tage darauf aber kam die halbamtliche Meldung, daß sich nach dem Kriege alles finden werde, gegenwärtig hätten die zuständigen Amtsstellen für solche Ueberlegungen keine Zeit. Das war ein kalter Wasserstrahl, auf den die Gewerkschaften keine Antwort gegeben haben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (31. Januar 1915) aber schrieb dreist, an gut unterrichteter Stelle werde es für „ausgeschlossen gehalten, daß bei der Reform des Reichsstrafgesetzbuches den Arbeitswilligen der Schutz, auf den sie nach Recht und Billigkeit Anspruch erheben dürfen, verweigert werden sollte“.

Ein Gewerkschaftsführer beklagte sich („Neue Zeit“ Nr. 7) darüber, daß der Reichstag am 4. August bei Bewilligung der Kriegskredite nicht eine Milliarde für die Arbeitslosen bereit gestellt habe. Es sei beschämend, daß das Reich für alles Geld habe, nur für die Arbeitslosen nicht. Wäre es nicht erforderlich gewesen, daß man wenigstens am 2. Dezember 1914 vom Regierungstische gesagt hätte, nachdem in Dänemark, Norwegen, in Frankreich und Großbritannien bereits in früheren Jahren die Anfänge einer geordneten staatlichen

Arbeitslosenfürsorge geschaffen worden sind, wird es in der nächsten Zeit auch im Deutschen Reich geschehen? Eine solche grundsätzliche Zusage ist nicht gegeben worden; sie ist auch in der Reichstagsitzung vom 2. Dezember von keiner Partei verlangt worden. Der Reichstag hat zwar an jenem Tage 200 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt, von denen ein Teil als Zuschüsse für diejenigen notleidenden Gemeinden ausgegeben werden soll, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Auch Beihilfen der Bundesstaaten an die Gemeinden sind in Aussicht gestellt worden. Eine Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge ist damit aber schon um deswillen nur in sehr mäßigem Umfange eingetreten, weil der preußische Minister des Innern die Gemeinden angewiesen hatte, vor Februar 1915 nicht etwa irgendwelche Beschlüsse in Erwartung der reichsgesetzlichen Zuschüsse zu fassen. Ein gesetzlicher Zwang für die Gemeinden zur Schaffung einer Arbeitslosenfürsorge besteht nicht. Nach der von der Generalkommission der Gewerkschaften vom September bis November 1914 aufgenommenen Statistik hatten 301 Gemeinden eine Fürsorge für Arbeitslose geschaffen. Diese Zahl wird nicht ganz vollständig gewesen sein. Von den 301 Gemeinden gewähren 106 den Arbeitslosen nicht regelmäßig, sondern nur gelegentlich eine Barunterstützung oder Naturalien. Zur Durchführung einer reichsgesetzlichen, die Kriegszeit überdauernden Arbeitslosenfürsorge hätten die Arbeitervertreter sich nicht auf die bloßen Beratungen hinter den Kulissen mit den Regierungsmännern beschränken brauchen, sondern auch in der Öffentlichkeit energisch auftreten können, soweit das in den Grenzen des Belagerungszustandes möglich war.

Eine nicht minder wichtige Frage war und ist die Arbeitsvermittlung. Wo nach Kriegsausbruch im Staatsinteresse (bei Ernte-, Schanzarbeiten usw.) Arbeitskräfte gebraucht wurden, hat man sie, zum Teil unter Mitwirkung der Gewerkschaften, herangeschafft. Mehr ist nicht geschehen. Und doch ist eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage dringend notwendig: um im Interesse der Arbeitssuchenden Angebot und Nachfrage auszugleichen, um die Arbeitssuchenden von den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern und gar den Unternehmernachweisern (die viel weniger Arbeitsnachweise als Kontrollstationen über die Arbeiter sind) zu befreien, und weil das Fehlen einer geordneten Arbeitsvermittlung immer noch als Vorwand dient, die staatliche Arbeitslosenfürsorge hintanzuhalten. Namentlich dieser Grund ist es, der die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung als dringend erscheinen läßt. Sie ist aber auch um deswillen eilig, weil für das Kriegsende vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die dann zurückkehrenden Millionen Arbeitskräfte wieder in das volkswirtschaftliche Getriebe einzufügen.

Man rühmt die während des Krieges zutage getretene Anpassungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Warum hat sie sich nicht auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung gezeigt, auf dem mehrere feindliche Auslandsstaaten schon vor dem Kriege mit gutem Beispiel vorangegangen sind? Beim Niederschreiben dieser Abhandlung ließ sich noch nicht übersehen, was hier der Reichstag nach seinem Zusammentritt am 10. März tun werde.

Diese Forderungen sind um so berechtigter, als gerade die Arbeiterschaft als solche ungeheure finanzielle

Opfer infolge des Krieges bringen muß. Die Gewerkschaften haben zwar die Einzelleistungen ihrer Unterstützungseinrichtungen teilweise herabgesetzt; sie werden aber trotzdem in hohem Maße in Anspruch genommen. Allein in der Zeit vom 3. August bis zum 30. Januar 1915 hatten die freien Gewerkschaften 17 783 129 Mark für Arbeitslosenunterstützung und 6 180 208 Mark für Familienunterstützung verausgabt. Einzelne Gewerkschaftskassen werden durch diese Unterstützungsausgaben bis auf den Grund geleert; dies ist z. B. der Fall bei dem Verband der Lithographen und Steindrucker. Nach dem Kriege werden die Gewerkschaften infolge der Ausgaben für Unterstützungszwecke in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert sein. Wenn man bedenkt, wie so manche Lohnbewegung wegen mangelnder Geldmittel nicht durchgeführt werden konnte, so ermißt man daran, wie die Gewerkschaften durch den Krieg getroffen werden.

Auch die Krankenkassen, die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung müssen die Lasten des Krieges tragen. Wer infolge seiner Einziehung zum Heeresdienst aus einer versicherungspflichtigen Arbeit austrat, konnte auf Antrag freiwilliges Mitglied der Ortskrankenkasse bleiben. Das liegt sicher im Interesse der Kriegsteilnehmer, da sie dann gegebenenfalls Krankengeld und ihre hinterbliebenen Sterbegeld fordern können, bedeutet aber zugleich eine große Belastung der Krankenkassen durch den Krieg. Die Landesversicherungsanstalten, das sind die Organe der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, sind ermächtigt worden, bis zu ungefähr hundert Millionen Mark für Kriegswohlfahrtszwecke — Ausrüstung der Krieger mit Wollstoffen, Arbeitslosenfürsorge usw. — zu verausgaben. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (die nur für Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, Techniker, Privatlehrer, Privatbeamte, Wertmeister usw. gilt), hat zwar ungefähr zwei Millionen Mark zur Ausrüstung der Krieger mit Wollstoffen und für einen Lazarettzug verausgabt, sie weigert sich jedoch, etwas für die arbeitslosen Versicherten zu tun, die nicht zum Heeresdienst eingezogen sind. Die Landesversicherungsanstalten werden außerdem an die im Kriege invalide gewordenen Versicherten, die ihre Wartzeit erfüllt haben, viele Millionen Mark an jährlichen Renten zahlen müssen; sie werden auch große Ausgaben haben für die Waisenrenten. Diese Leistungen sind zwar im einzelnen gering, aber bei der großen Zahl der gefallenen oder invaliden Krieger werden bedeutende Summen zu zahlen sein. So sind die Krankenkassen, die zu zwei Dritteln, und die Invalidenversicherung, die zur Hälfte aus direkten Beiträgen der Versicherungspflichtigen erhalten werden, mit zu Trägern der Kriegslasten geworden. So sehr auch den Kriegern und ihren Hinterbliebenen diese Bezüge zu gönnen sind, so hat das Volk zuvor doch kaum daran gedacht, daß der Versicherungsgegebung, die für die Opfer auf dem Kampffelde der Arbeit geschaffen worden ist, solche Lasten eines wirklichen Krieges aufgebürdet werden würden, die eigentlich von der Allgemeinheit zu tragen sind. Die Unfallversicherung, die auf den Beiträgen der Unternehmer aufgebaut ist, befindet sich in einer anderen Lage. Ihr werden die Kriegsteilnehmer nicht zur Last fallen.

Nach allem besteht für die Arbeiterschaft gar kein Anlaß, über „soziale Errungenschaften“ zu jubilieren. Sie tut es auch nicht. Es sind nur wenige, die ihr einreden wollen, man habe große Errungen-

schaften gemacht. Nicht von solchen Errungenschaften der Arbeiter während des Krieges, sondern von ihren großen Opfern kann gesprochen werden. Und man muß sich sagen, daß gerade, weil diese Opfer vorhanden sind, mit aller Energie darauf gedrungen werden muß, wenigstens so elementare Forderungen wie die Unantastbarkeit des Koalitionsrechts, das den Gewerkschaften zugrunde liegt, die praktische Anerkennung der Gewerkschaften auch dort, wo man sie nicht unbedingt braucht, sondern ihre Hinzuziehung im besonderen Arbeiterinteresse liegt, die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitsvermittlung usw. alsbald durchzusetzen. Es wäre im Interesse der deutschen Arbeiterschaft viel besser, wenn der gegen die Quertreiber entwickelte Eifer sich in der Richtung dieser „positiven Arbeit“ äußern würde.

## Unsere Frauen und der nationale Frauendienst.

Von Räte Dunder.

Wenige Tage nach Kriegsbeginn riefen Parteivorstand und Generalkommission die proletarischen Frauen auf, ihre Kräfte in den Dienst einer umfassenden sozialen Hilfstätigkeit zu stellen. In allen Teilen Deutschlands folgten die Genossinnen dieser Mahnung. Zum Teil wirken sie mit bei den von den Gemeindebehörden eingeleiteten Veranstaltungen, auf manchen Gebieten haben sie auch eigene Einrichtungen ins Leben gerufen. Fast überall führte diese soziale Hilfsarbeit die Sozialdemokratinnen an die Seite der bürgerlichen Frauen, die sich in dem sogenannten „nationalen Frauendienst“ organisiert haben.

In einer Versammlung am 3. August v. J., zu der sämtliche Berliner Wohlfahrtsvereine Vertreter gesandt hatten, gab Genossin Zieg im Namen der sozialdemokratischen Frauen die Erklärung ab, mit den bürgerlichen Frauen Hand in Hand arbeiten zu wollen; eine Erklärung, die sowohl in bürgerlichen wie in Parteikreisen großes Aufsehen erregte. Und in der Tat: zu den Ueberraschungen, die der Ausbruch des Weltkrieges mit sich brachte, gehört auch diese Verschmelzung bürgerlicher und sozialdemokratischer Kriegsfürsorge. Wenn wir daran denken, wie vier Jahrzehnte hindurch nach dem Grundsatz gehandelt worden war, stets unter eigener Fahne zu marschieren — einmal, weil unsere sozialistische Weltanschauung keine Gemeinsamkeit mit bürgerlichen Gesellschaftsklassen zuläßt und ferner, weil unsere Agitationskraft von der stärksten Hervorhebung des Klassencharakters der Arbeiterbewegung abhängt — so mußten es wohl schon sehr gewichtige Gründe sein, die zu völligem Wandel auf diesem Gebiete führten. Wer hätte je vorher an die Möglichkeit des Zusammengehens sozialdemokratischer Frauen mit bürgerlichen Wohlfahrtsdamen gedacht!

Als Beispiel für die nunmehr eingeleitete gemeinsame Arbeit von Genossinnen und bürgerlichen Frauen mögen die Berliner Verhältnisse kurz geschildert werden. Genossin Zieg als Vertreterin der Partei, Genossin Hanna für die Gewerkschaften und Genossin Lodaß für die Genossenschaften konstituierten sich zunächst als Zentrale der prole-

tarischen Frauen. Diese drei Genossinnen sind zugleich unter die Beisitzerinnen eingereiht, die der Vorstand des nationalen Frauendienstes sich angegliedert hat. Der nationale Frauendienst betrachtet sich in erster Linie „als Hilfsstruppe der städtischen Verwaltung in der Organisation der Kriegsfürsorge. Mit Rücksicht darauf hat er im Anschluß an die Unterstützungskommissionen, die die Gesuche für die gesetzliche Kriegsunterstützung zu prüfen und zu bewilligen haben, Hilfskommissionen in 23 Steuerbezirken Berlins eingerichtet“. In jeder dieser Hilfskommissionen ist der bürgerlichen Vorsitzenden eine Genossin beigeordnet. Mit der Auszahlung der Kriegsunterstützung haben diese Kommissionen unmittelbar nichts zu tun. Sie haben nur die nötigen Aufnahmen zu machen, den Hilfsuchenden Rat zu erteilen und sie an die Steuerkasse ihres Bezirks zu weisen. Die Recherchen nach der Bedürftigkeit dürfen die Hilfskommissionen nur dann vornehmen, wenn sie von dem zuständigen Bezirksvorsteher damit beauftragt worden sind. Die beiden Leiterinnen der Hilfskommission haben sich in der ihnen übergeordneten städtischen Unterstützungskommission; aber ein Stimmrecht bei der Bewilligung der Unterstützung steht ihnen nur für solche Fälle zu, die sie selbst recherchiert haben. In Fällen, die weder für die Kriegsunterstützung noch für die Armenpflege in Betracht kommen, haben die Hilfskommissionen selbständig zu recherchieren. Zu den Recherchen und anderen Arbeiten stehen jeder einzelnen Hilfskommission eine Reihe bürgerliche und sozialdemokratische Hilfskräfte zur Verfügung. Etwa 600 Genossinnen hatten sich anfangs zu solcher Hilfeleistung bereit erklärt. Auf Auskunftserteilung und Recherchendienst sollte sich zunächst die Tätigkeit der kommunalen Hilfskommissionen beschränken. Aber es kamen zahlreiche Fälle furchtbarer Notlage vor, die eine sofortige Hilfeleistung notwendig machten. Dazu wurden den Kommissionen aus städtischen oder Vereinsfonds Mittel gewährt, über die sie frei verfügen. Sie können jetzt innerhalb bestimmter Grenzen Milch-, Gemüse- und Kartoffelscheine ausgeben. Auch die Berliner Konsumgenossenschaft überließ den Kommissionen Warenanweisungen zur Verteilung.

Zwei Arbeitsgebiete, auf denen die Berliner Genossinnen selbständige Einrichtungen schufen, sind die Kranken- und Wöchnerinnenpflege und die Kinderfürsorge. Die Kommission für Kranken- und Wöchnerinnenpflege vermittelt unentgeltliche Hauspflegerinnen, im Bedarfsfalle auch ärztliche Hilfe. Sieben Ärzte und eine stattliche Anzahl von Genossinnen haben sich ihr zur Verfügung gestellt. Die Berliner Kinderschuttkommission erweiterte ihr Arbeitsgebiet wie ihren Helferinnenkreis und schuf Horte für die Kinder erwerbstätiger Mütter. In 19 Sammelstellen wurden schließlich gegen 3000 Kinder tagsüber beaufsichtigt, beschäftigt und mit Hilfe des Vereins für Kinderwohlfühlen auch beschäftigt. Obwohl eine Anzahl Genossinnen auf diesem Gebiet geradezu Bewundernswürdiges leistete, mußten diese Sammelstellen doch mit Beginn der kalten Jahreszeit aufgelöst werden, hauptsächlich aus Mangel an geeigneten heizbaren Lokalen, aber auch an Geld und einer genügenden Anzahl von Hilfskräften.

Wie in Berlin, so arbeiten auch in fast allen größeren Städten die Genossinnen auf den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge mit. Demgegenüber erscheint es nicht unangebracht, einmal die Frage aufzuwerfen, ob und inwiefern diese offizielle Beteiligung der sozialdemokratischen Frauen für die Partei als solche von Vorteil ist. Genossin

Zieh hat wiederholt ausgeführt, daß die Genossinnen, die durch den Krieg in Not geraten sind, es nicht verstehen würden, wenn wir uns jetzt nicht hilfreich ihrer annähmen; daß wir sie dagegen durch unsere tätige Hilfe innerlich fester an uns fetten würden. Soweit Berliner Verhältnisse in Betracht kommen, hat sich aber herausgestellt, daß die, die bei den Hilfskommissionen Rat und Unterstützung erbitten, nur zu einem ganz geringen Teil Genossinnen sind. Die Mehrzahl der Hilfsuchenden gehören jener Schicht an, die wirtschaftlich und daher auch meist kulturell noch zu tief stand, um von unserer Aufklärungs- und Organisationsfähigkeit erfaßt zu werden. Ein kleiner Teil dagegen rekrutiert sich aus Kreisen, die bis zum Krieg in einem relativen Wohlstand dahinlebten, durch die Einberufung oder plötzliche Arbeitslosigkeit des Ernährers aber auf einmal vor dem Nichts stehen — Privatbeamte, kaufmännische Angestellte usw. — diesen beiden Schichten gilt die Hauptarbeit der Hilfskommissionen. Es scheint, als ob die Genossinnen, die für die Kriegsunterstützung in Betracht kommen, bereits durch Beratung von Seiten ihrer Organisationen in den Stand gesetzt sind, ohne weitere Mithilfe ihre Rechte geltend zu machen. Der von Genossin Zieh angeführte Grund würde also — wenigstens für Berlin — nur in sehr beschränktem Maße gelten.

Die Genossinnen, die sich zu Recherchen usw. zur Verfügung stellten, ließen sich dabei vielfach von der Hoffnung leiten, durch ihre Mitarbeit neue Anhänger für unsere Organisation und unsere Presse zu gewinnen. Aber abgesehen davon, daß die Recherche bei den in Not Geratenen wohl kaum als die richtige Gelegenheit angesehen werden kann, diese zu Vereinsbeitritt oder Zeitungsabonnement aufzufordern, bieten die meisten zu Recherchierenden schon aus den bereits angeführten Gründen ein sehr ungünstiges Rekrutierungsmaterial für uns.

Wenn also der Erfolg, den die Mitarbeit der Genossinnen an der Kriegshilfe für die Partei hat, sehr problematisch ist, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß diese Mitarbeit manchenorts auf die Art, mit der man den Hilfsuchenden entgegenkam, erzieherlich eingewirkt hat. Manche der bürgerlichen Damen brachte die herablassende Miene und den überheblichen Ton mit, der uns die bürgerliche „Liebestätigkeit“ bisher oft unsympathisch machte. Die eine meinte, ihren Ratschlägen fromme Traktätchen beigegeben zu sollen; die andere hielt es für angebracht, den unehelichen Müttern eine energische Moralpredigt zu halten; ja, es ist sogar mehrfach vorgekommen, daß in diesen Tagen, wo von „maßgebenden“ Stellen der deutsche Kinderreichtum als die „Hauptquelle unserer Kraft“ gepriesen wird, kinderreichen Müttern Vorwürfe über ihren sträflichen Leichtsinns oder gar über ihre Unfittlichkeit gemacht wurden. An anderer Stelle ermahnte man jeden Arbeitslosen, mochte er noch so elend und schwächlich aussehen, sich doch sofort als Müllkutschler anwerben zu lassen — eine Arbeit, die bekanntlich große Körperkraft voraussetzt; und wenn der Mann dies ablehnte, dann wurde womöglich in den Papieren vermerkt: N. N. will sich nicht nach Arbeit umsehen. In solchen und ähnlichen Fällen konnten die Genossinnen mildernd eingreifen und bei den bürgerlichen Helferinnen allmählich mehr soziales Gefühl und soziales Verständnis hervorrufen. Wir sind weit davon entfernt, diesen Erfolg gering einzuschätzen, aber wir meinen, daß der Preis, um den er errungen wurde, für die Partei doch etwas zu hoch war. Viele Hundert tätige Genossinnen waren monatelang der eigentlichen Parteiarbeit entzogen und vollständig von

der Hilfstätigkeit in Anspruch genommen. Unterdes ist die Zahl freilich stark zurückgegangen: die einen sahen sich in den Hoffnungen enttäuscht, die sie auf ihre Mitarbeit gesetzt hatten oder konnten zu keinem harmonischen Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Frauen gelangen; die anderen hinderte die Notwendigkeit des Erwerbes daran, ihre Zeit dauernd in den Dienst der Kriegshilfe zu stellen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Partei die Frauenkräfte entbehren mußte in einer Zeit, wo sie ihrer infolge der Einberufung der Männer am meisten bedurft hätte. Die Posten gar vieler Bezirksführer, Kassierer, Bibliothekare usw. verwaisten und konnten nicht wieder besetzt werden. Monatelang wurde in den meisten Parteizusammenkünften, besonders denen der Frauen, über nichts anderes gesprochen, als über die Hilfsaktion, obwohl längst die Notwendigkeit eingetreten und vielfach auch der dringende Wunsch vorhanden war, sich mit anderen, für die Partei wichtigeren Dingen zu beschäftigen. Die Ursachen des Krieges, unsere Stellung zu ihm, unsere nächsten politischen Aufgaben zu erörtern, war für die Angehörigen einer politischen Partei wohl das Allernotwendigste.

Zusammenfassend müssen wir daher sagen: die persönliche Mitarbeit zahlreicher Genossinnen bei der Kriegshilfe ist wohl zu verstehen aus dem rein menschlichen Wunsche zu helfen, wie aus dem psychologischen Bedürfnis heraus, die eigenen Gedanken durch fieberhafte Tätigkeit von den furchtbaren Ereignissen draußen abzulenken. Die offizielle Beteiligung der Parteigenossinnen können wir dagegen nicht als richtig anerkennen. Die Not zu lindern, die der Krieg mit sich gebracht hat, kommt denen zu, die für ihn eintreten und die schließlich, so oder so, seine Nutznießer sind. Wir, die wir ihn von je bekämpft haben, mußten uns darauf beschränken, Maßregeln zur Linderung der Not zu fordern, auf politischem Wege zu erzwingen und ihre Durchführung zu überwachen. So haben wir es bisher stets gehalten gegenüber den allgemeinen sozialen Notständen, die aus der heutigen Gesellschaftsordnung entspringen wir haben entsprechende Einrichtungen gefordert, aber nicht selbst geschaffen. Das kann niemals die Aufgabe einer politischen Partei sein, ganz abgesehen davon, daß die Proletarier, wenn sie mit derartigen Einrichtungen den bürgerlichen Konkurrenz machen wollen, stets den kürzeren ziehen werden, aus Mangel an Mitteln und an geschulten und wirtschaftlich unabhängigen Kräften.

Gewiß hätte es eine Situation geben können, in der auch wir für offizielle Beteiligung der Parteigenossinnen an der Kriegsfürsorge eingetreten wären. Hätte die Fraktion durch Ablehnung der Kriegskredite ihre prinzipielle Opposition gegen den Völkermord zum Ausdruck gebracht, dann würde unsere Hilfsarbeit der Welt gezeigt haben, daß wir zwar nimmermehr Wunden zu schlagen, wohl aber Wunden zu heilen bereit sind. Dann hätten wir, da unsere sozialistische Aufklärung durch die Fraktionstat besorgt gewesen wäre, unferem allgemeinen sozialen Mitgefühl unbeschränkt Folge leisten können. Wir hätten damit auch eine Aufklärungsarbeit geleistet gegenüber denen, die unsere Kreditablehnung als Feindschaft gegen die Soldaten und Soldatenfamilien ausgelegt haben würden. — Es ist anders gekommen! Dadurch entstand für die Klassenbewußten Genossinnen aber die Pflicht, den Trennungsstrich zwischen sich und der bürgerlichen Welt nicht auch noch verwischen zu helfen, sondern sich mit aller Energie in den Dienst unserer

Organisations- und Aufklärungsarbeit zu stellen. Vielleicht war nie eine Zeit so geeignet, den Massen den ganzen Widersinn, die Kulturlosigkeit und Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzudecken wie die jetzige. Damit arbeiten wir zugleich im Sinne des in Stuttgart, Kopenhagen und Basel angenommenen internationalen Manifestes, das uns die Verpflichtung auferlegt, „mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

## Für den Frieden.

Von Klara Zetkin.

Mengste, quäle dich nicht länger, liebe Seele!  
Freu dich! Schon sind da und dorten  
Morgenglocken wach geworden.

E. Mörike.

Während draußen brüllende Geschütze künden, daß der Imperialismus die Proletarier der kriegführenden Staaten in seinen Dienst genommen und damit über den internationalen Sozialismus triumphiert hat; während das Echo dieses Siegesdonners uns entgegen klingt aus den verwirrten und verwirrenden Reden sozialistischer Führer und den nicht besseren Artikeln von Arbeiterblättern im In- und Ausland; während der von den chauvinistischen Phrasen verstörte Sinn großer Arbeitermassen noch zwischen Zweifeln hin und herwühlt; beginnt ein neuer Tag mit seinen Hoffnungen und Aufgaben für jene herauszudämmern, die durch die Finsternis das Banner der sozialistischen Grundsätze unbeirrt weiter getragen haben. Aus mancherlei Geschehen haucht uns die erquickende, tröstliche Frühstimmung an, die der einzige Mörike in schlichte Worte gebannt hat, deren geheimnisvollen Zauber uns Hugo Wolfs Tonkunst ganz empfinden läßt. Morgenglocken sind wach geworden! Morgenglocken, die wohl leise, aber bestimmt davon reden, daß die Arbeiter der kriegführenden Länder sich inmitten des imperialistischen Kaufsches wieder auf ihre eigenen Klasseninteressen und ihre große geschichtliche Mission zu besinnen anfangen. Denn dies und nichts anderes ist der Sinn der sich mehrenden Rundgebungen für die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder und für einen Frieden, der den sozialistischen Grundsätzen entspricht.

Wenn wir in diesem Zusammenhang zuerst auf die Beschlüsse der Kumpfkongferenz skandinavischer und holländischer Sozialisten zu Kopenhagen verweisen, so wollen wir damit keineswegs eine überragende Wichtigkeit dieser Veranstaltung andeuten. Gegen eine solche spricht noch weniger, daß die Konferenz nur sozialistische Vertreter einiger weniger neutraler Staaten vereinigt, als ein anderer Umstand. Sie war angesichts der Zeit und ihrer Anforderungen viel mehr Führer-

tagung für fromme Wünsche altsozialistischen Kongressstils, als der Ausdruck eines bewußten proletarischen Massenwillens, der zur Tat drängt. Weittragende Bedeutung könnte die Konferenz erst erlangen, wenn ihr Werk dazu beitragen würde, einen solchen auf den Frieden gerichteten Massenwillen sowohl in den neutralen, als namentlich auch in den kriegsführenden Ländern zu erwecken. Das hat sie selbst in der Resolution anerkannt, in der das Resultat der Beratungen zusammengefaßt ist. Dieser fruchtbaren Wirkung steht jedoch im Wege, daß die Tagung die Haltung der sozialistischen Parteien in den kriegsführenden Ländern nicht kritisch gewürdigt und dadurch die Arbeiter nicht an das gemahnt hat, was für eine unterdrückte, kämpfende Klasse eine alte politische Notwendigkeit ist: über ihre Konsole zu wachen und kühn die Initiative zu ergreifen, wenn diese unsicher zaudern.

Immerhin ist die Konferenz in ihrer Stellungnahme sozialistischer und charaktervoller gewesen, als die Berichte der deutschen Parteiblätter sie erscheinen ließen. So protestierte sie z. B. gegen die Verletzung des Völkerrechts, deren Deutschland sich wider das unglückliche Belgien schuldig gemacht hat und fordert von der Sozialdemokratie der kriegsführenden Länder energischen Widerstand gegen jede gewalttätige Annexion. Für Sozialisten sind das bescheidene Selbstverständlichkeiten, die jetzt vor den breitesten Massen mit unbeugsamer Entschiedenheit auszusprechen und von diesen Massen aussprechen zu lassen die deutsche Sozialdemokratie immer noch nicht als eine Pflicht des Augenblicks erkannt hat. Die schwächlichen und dehnbaren Erklärungen der Reichstagsfraktion vom 4. August und 2. Dezember v. J. sind um so ungenügender, als bekanntlich manche politischen und gewerkschaftlichen Führer und Blätter im schroffsten Widerspruch dazu reden und schreiben.

Die größte Wichtigkeit kommt unstreitig allen Erscheinungen zu, in denen sich ein erstes bewußtes Aufbäumen der Sozialisten, der Proletarier Frankreichs dagegen verrät, daß die Anforderungen des imperialistischen Weltkrieges noch länger die geschichtlichen Gebote des proletarischen Klassenkampfes außer Kraft setzen sollen. Sie stehen in schärfstem Gegensatz zu der ultranationalistischen Haltung der sozialistischen Partei und müssen als einsetzender elementarer Protest aus den Tiefen des werktätigen Volkes selbst eingeschätzt werden. Es wird der Ruhm der Parteiföderation des Norddepartements, ihres Organs „L'Éclair de l'An“, und ihres tapferen Sekretärs Nicot bleiben, den Grundrissen der sozialistischen Internationalen zuerst wieder öffentlich Gehör und Stimme gegeben zu haben, während der Lärm des imperialistischen Herzensabbaus das Klassenbewußtsein der französischen Proletarier überhäubte und sogar den bewährtesten ihrer Führer den Sinn für die historische Wirklichkeit völlig trübte. Wie Scheidewasser lösten diese Grundzüge alle gleichenden Ideologien auf, in denen sich in der Gluthitze des Weltkrieges bürgerliche und sozialistische Auffassungen wunderbar verschmolzen haben. Sie proklamieren, an ihnen die Ereignisse und ihre Konsequenzen messen, lief darauf hinaus, die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder in ihren rechtmäßigen Plaz hoch und gebieterisch über die angeblich nationale Zusammengehörigkeit aller Klassen wieder einzusetzen, und die schleunige Beendigung des proletarischen Brudermordes zu fordern. Es war gleichbedeutend damit, die Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges durch Sozialisten zu verurteilen — ganz gleich in welchem Lande sie erfolgte und in welche „Erklärung“ sie eingewickelt werden mochte —

und mit dem allen in Opposition zur Politik der sozialistischen Partei des eigenen Landes zu treten.

Ähnliche Stimmungen und Strömungen wie in der politischen Einflußsphäre der Parteiorganisation des Departements An und später darüber hinaus sind auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs an die Oberfläche gekommen. Merzheim, der Führer der Metallarbeitergewerkschaft, darf namentlich als ihr eifriger und mutiger Befechter genannt werden. Und daß wir die Stärke und Bedeutung dieser Gärung, Selbstverständigung und Sammlung der Geister nicht unterschätzen dürfen, das erhärten zwei Dokumente. Die „Humanité“ vom 2. Februar veröffentlichte einen Aufruf, in dem sich die Confédération Générale du Travail — die Generalkommission der französischen Gewerkschaften — an die ihr angeschlossenen zentralisierten Verbände und an die Arbeiterinternationale wendet. Sicherlich kann man vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus manche Gedanken und Forderungen des Manifestes als unklar und illusionsgetränkt kritisieren, während es in der Sache selbst noch nicht weit genug geht.

Aber vergessen wir nicht über den Schwächen der Kundgebung ihre Bedeutung als hoffnungsreiches Anzeichen einer Einkehr und Umkehr. Hier haben wir ein Bewußtsein von der Solidarität der Proletarier aller Nationalitäten vor uns, das nicht wie ein Tier auf dürrer Heide im Kreise zwischen den bürgerlichen Ideen von „patriotischer Pflicht“ und „Vaterlandsverrat“ umherirrt. Es geht geradeaus seinen Weg. Die Confédération Générale du Travail, „gegen deren Willen und Aktion“ der furchtbare Kriegssturm entfesselt wurde, erklärt: „daß sie sich unerschütterlich mit der Sache der Arbeiterinternationale verbunden fühlt. Der Krieg bleibt für sie das entsetzlichste der sozialen Verbrechen. Stets hat sie ihre Propaganda und ihre Aktion gegen den niedrigen Nationalismus gefehrt, gegen den eroberungsgierigen Militarismus, wie gegen die Rückkehr zu vergangenen Staatsformen“. Ihre Anträge auf internationalen sozialistischen Kongressen seit 1905 beweisen, daß sie sich über die Notwendigkeit klar war, die Arbeiterinternationale zu einheitlichem Handeln gegen die gemeinsame Gefahr zusammenzufassen. Die Ereignisse haben diese ihre Auffassung bestätigt.

Selbstverständlich konnte das Manifest nicht stumm und verlogen daran vorübergehen, daß Belgiens Boden fast bis zum letzten Zoll von feindlichen Kriegsheeren besetzt ist, daß viele französische Departements das gleiche harte Los teilen. Jedoch klingen in ihm nicht die leisesten Revanchetöne an, Elsaß-Lothringen wird nicht einmal erwähnt. Und wie stellt sich der französische Aufruf zu dem vorgeblichen Interesse der Arbeiter an einem „größeren, stärkeren Vaterland“, zu dessen Eroberung mancher Führer der deutschen Arbeiterbewegung in Maurenbrechers und Hildebrands Spuren jetzt mit Federkiel oder Maultrommel auszieht? Er versichert: „Wir haben zu oft gegen die Kolonialexpedition protestiert, als daß wir heute die tiefen Gründe unseres Protestes vergessen könnten.“ Und an anderer Stelle: „Die wesentlichste Bedingung des sozialen Fortschritts bildet die Unverletzlichkeit, die Unabhängigkeit der Völker.“ Das Ideal zukünftiger Freiheit für alle „heißt jeden Gedanken einer Hegemonie verbannen, heißt die Harmonie aller Menschen fördern auf der Grundlage der Gleichheit aller Völker“. Die Confédération Générale du Travail wünscht den Frieden „so nach wie möglich“ und darüber hinaus das Einsetzen der proletarischen Kampfes-

Arbeiter mit den revolutionären Ueberlieferungen des Landes verwachsen. Er saugt seine Kraft aus dem geschichtlichen Glanz der großen Revolution; aus der Erinnerung an die Kriege, in denen ihr Wert gegen die Koalition der Monarchen von ganz Europa geschützt werden mußte, und die französische Bourgeoisie im Frühlingsturm ihrer jungen Herrschaft davon träumen konnte, mit den Fahnen der Republik die Freiheit über die Welt zu tragen; aus der Tatsache, daß „das Krähen des gallischen Hahnes“ 1830 und 1848 die Völker auf dem europäischen Kontinent aus dem politischen Schlaf wachrief; aus der Rolle, die Paris hier als glutvoller Feuerherd für die politischen Revolutionen des Bürgertums und die ersten Schilderhebungen des Proletariats gespielt hat. Schließlich mußte ihm der deutsch-französische Krieg neue Nahrung zuführen, als er nach dem 2. September zu einem nationalen Verteidigungskampf für die Existenz der Republik wurde, der in der heldenmütigen Pariser Kommune seinen Höhepunkt erreichte. Vergessen wir außerdem nicht die gegenwärtige Lage Frankreichs. Es hat das Schicksal des stammverwandten Belgiens vor Augen, und ein beträchtlicher Teil des eigenen Heimatbodens ist vom Feinde besetzt, darunter die industriell fortgeschrittensten Bezirke. So gehört augenblicklich in Frankreich eine unerschütterliche Ueberzeugungstreue, ein hoher moralischer Mut dazu, sich all dem „vaterländischen“ Rufen vom notwendigen „Durchhalten“ entgegenzuwerfen und im Namen der internationalen proletarischen Solidarität den Frieden zu fordern. So offenbart sich aber auch in solchem Entgegenwerfen die elementare Kraft des proletarischen Klasseninteresses und Klassenbewußtseins, eine Kraft, die schließlich glühender Lava gleich durch die Kruste bürgerlich nationalistischer Gedankengänge und Schlagworte bricht und die Argumentationen der mit der Regierung verbündeten Sozialisten wie totes Geröll beiseite schiebt. Das ist eine wohlthuende Lehre von der unbezwinglichen Macht der objektiven geschichtlichen Faktoren, vereinigt mit dem bewußten Willen der Menschen. Sie sagt den Proletariern aller Länder: glaubt und handelt! Bleibt stark in der Ueberzeugung und seid kühn zur Tat!

Ungeachtet einer leidenschaftlichen jingoistischen Agitation sind in England die Morgenglocken starken internationalen Solidaritätsbewußtseins und Friedenswillens nie verstummt. Ihr Geläut tönte und tönt auch aus nichtproletarischen Kreisen. Die bürgerliche Friedens- und Frauenstimmrechtsbewegung hat unstreitig den Sinn für die internationalen Zusammenhänge der Kulturentwicklung geschärft und kraftvolle Persönlichkeiten gesammelt und erzogen, die unbeirrt um das Geschrei der Stunde die Ereignisse vorurteilsfrei betrachten und nach dem Gebot ihrer Ueberzeugung handeln. Andererseits ist es eine traurige Tatsache, daß auch in England nicht nur breite ungeschulte proletarische Massen der imperialistischen Raserei verfallen sind, sondern ebenfalls große Teile ihrer gewerkschaftlichen und politisch organisierten Vorhut, angesehene Führer voran. Inmitten des nationalistischen Tobens und Angesichts zu Angesicht mit dem Zusammenbruch der Internationalen, wie er die unvermeidliche Folge vom Versagen der Sozialdemokratie in Oesterreich, Deutschland und Frankreich sein mußte, harret jedoch die Independent Labour Party als treue Vorkämpferin der proletarischen Brüderlichkeit und des Friedens tapfer aus. Und die I. L. P. ist nicht etwa „die kleinste der sozialistischen Gruppen in England“, wie Genosse Scheidemann behauptet hat. Sie weist vielmehr

mit ihren gegen 60 000 Anhängern die größte Mitgliederzahl von allen sozialistischen Fraktionen Groß-Britanniens auf und übt innerhalb der Arbeiterbewegung des Landes einen Einfluß aus, der ihre numerische Stärke bei weitem übertrifft, weil die I. L. P. die Mehrzahl der fortgeschrittensten Führenden, der Agitatoren und Organisatoren des Proletariats zusammensetzt. Die I. L. P. war die treibende Kraft der großartigen Friedensdemonstrationen, die die Arbeiterpartei am Vorabend des Krieges veranstaltete. Sie hielt auch dann an ihrer Friedenspolitik fest, als die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften unter dem aufreizenden Eindruck der verletzten Neutralität Belgiens ihren Widerstand gegen den Krieg aufgab. Genosse Ramsay MacDonald, ihr einflussreichster Führer, legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender der Arbeiterpartei nieder, als deren Mehrheit seinen Antrag ablehnte, im Unterhaus die Protestresolution ihres Vorstandes gegen den Krieg verlesen zu dürfen. In ihr heißt es: „Daß die Arbeiterbewegung noch einmal die Tatsache betont, daß sie die Politik bekämpft hat, die den Krieg verursachte und daß es jetzt ihre Pflicht ist, so schnell wie möglich einen Frieden zu sichern unter Bedingungen, die die besten Möglichkeiten für die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern Europas schaffen.“ Der I. L. P. gehören die vier Genossen an — Ramsay MacDonald, Keir Hardie, Jowett und Richardson — die als einzige Mitglieder der parlamentarischen Arbeiterpartei gegen die Beteiligung an der Rekrutenwerbungskampagne energischen Widerspruch erhoben. Ein Zeugnis unerschütterten Bekennermuts zu den Idealen des internationalen Sozialismus ist das Manifest, worin die Partei sich nach Kriegsausbruch an die Arbeiter aller Länder wendete, und insbesondere von den deutschen Arbeitern und Sozialisten feierlich erklärte: „Sie sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Freunde!“

Seither hat die I. L. P. ihr bestes Herzblut an den Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden gesetzt. Ihr Organ der „Labour Leader“, Meetings und andere Veranstaltungen sind glänzende Bestätigungen dafür. Nicht einzelne „Quertreiber“ sind es, die wider die „selbstverständliche vaterländische Pflicht der nationalen Sicherheit und Machtbehauptung“ meutern. Geradezu ausnahmslos beweisen die Generalversammlungen und Konferenzen in den einzelnen Orten und Bezirken, daß die erdrückende Mehrheit der Partei geschlossen hinter dieser Politik steht. Die I. L. P. bekräftigt, daß Sozialismus und Imperialismus Todfeinde sind, daß den Frieden wollen für die Arbeiterklasse nichts anderes bedeuten kann, als den Imperialismus leidenschaftlich und zäh bekämpfen. Sie hat begriffen, daß der Kampf des internationalen Proletariats gegen den gemeinsamen Feind auf nationaler Grundlage geführt werden muß, daß mithin die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes den Imperialismus ihrer ausbeutenden Klassen und ihrer Regierung niederzuringen hat. Deshalb berauscht sie sich nicht an billigen Brandmalungen des Imperialismus als einer internationalen Erscheinung und der imperialistischen Politik der nicht-englischen Staaten. Sie richtet ihre Angriffe geradeaus auf das Herz des Feindes, indem sie sonder Scheu und Zagen vor der Verdächtigung „der Vaterlandslosigkeit“ und „des Vaterlandsverrats“ den Imperialismus und die Sünden der Regierung Großbritanniens mit der gleichen Schonungslosigkeit den Massen enthüllt wie vor dem Kriege. Die mustergültige Haltung der I. L. P. ist sachlich eine bittere Kritik an der Gedanken- und Würdelosigkeit jener sozialistischen Parteien, die

unter dem Geschüßdonner des Weltkrieges und im Zeichen des Burgfriedens heute anbeten, was sie noch gestern verbrannt haben: die arbeiterfeindliche imperialistische Politik ihrer Regierung, die mit der gleichen Fingerfertigkeit heute verbrennen, was sie gestern angebetet haben: die sozialistischen Grundsätze und Ideale. Mögen die größeren politischen Freiheiten des „niedrigen, gierigen Krämervolks“ den Kampf der I. V. P. etwas erleichtern, so bleibt er doch in den Tagen der entfesselten jingoistischen Leidenschaften und des Streichens der sozialistischen Fahne in anderen kriegsführenden Ländern nicht weniger ehrenvoll und verdienstlich, eines der erhebendsten Kapitel in der Geschichte des internationalen proletarischen Befreiungsringens.

Morgenglockenklang wird uns aus dem Osten zugetragen, wo das junge Proletariat als erstes im Jahrhundert bereits 1905 zum Freiheitssturm läutete. Die russische Sozialdemokratie hat sich mit ihrem entschiedenen und wiederholten Nein gegen die Kriegskreditforderungen in der „echt vaterländischen“ Duma, Auge in Auge mit aller Gewalt des Zarismus, einen unverwundlichen Lorbeer gepflückt, und die konsequent sozialistische Haltung ihrer Organe wie der weitaus meisten ihrer Führer ist nicht weniger bewundernswürdig. Das hat die Stellungnahme zur Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten neuerlich bekräftigt. Aber handelt es sich bei dem allen nicht bloß um politische Donquichotterien kleiner Grüppchen von „Doktoren der Resolution“, die ohne rechte Berührung mit den arbeitenden Massen, ohne Einfluß auf sie, sich den Luxus einer grundsätzlichen Politik der Unwirklichkeiten gestatten können? Sogar für jene, die die Geschichte der russischen Sozialdemokratie nicht kennen, muß gegen diese herabwürdigende Einschätzung schon allein die eine Tatsache sprechen, daß es in der siebenmal reaktionär gestiebten Duma eine sozialdemokratische Fraktion gibt, die parlamentarische Vertretung von Arbeitern, die nur im zähen Kampf mit den Schergen des Zarismus und den Bütteln des Kapitalismus ihre kümmerlichen politischen Rechte auszuüben vermögen. Doch davon abgesehen, liegt ein hochbedeutungsvolles Zeugnis dafür vor, wie die Elite der russischen Arbeiterklasse zum Krieg steht, mit welcher ruhigen Festigkeit sie die Grundsätze des internationalen Sozialismus und die Friedensforderung durch die chauvinistische Brandung trägt. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat einen Bericht über die Lage in Rußland veröffentlicht, der von zwei Delegierten her stammt, die von den Petersburger Genossen Anfang Januar ins Ausland geschickt wurden. Ihre Aufgabe sollte sein, mit den dort weilenden Führern der russischen Sozialdemokratie Rücksprache über die Haltung zum Krieg zu nehmen. Wir lassen die Delegierten selbst berichten, aus der Schlichtheit ihrer Darlegungen atmet die völlige Wahrhaftigkeit:

In Petersburg war die Partei- und Gewerkschaftsbewegung durch massenhafte Verhaftungen am Vorabend des Krieges vollständig desorganisiert. Die Arbeitermasse blieb ohne irgend welche Weisung von der Partei. Trotzdem waren die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Krieg. Sie versuchten auf eigene Faust Gegendemonstrationen gegen die patriotischen Kundgebungen zu organisieren, die von der Polizei und dem Kleinbürgertum veranstaltet wurden. Sie wurden überall von der Polizei auseinandergetrieben. Aus der Provinz bekamen wir ähnlich lautende Berichte. . . . Wir kommen mit Arbeitern verschiedener Berufe zusammen und können bestimmt behaupten, daß mit jedem Tag die Gegnerschaft wider den Krieg sich verschärft. Wir haben

keinen einzigen Arbeiter getroffen, der sich für den Burgfrieden mit dem Zarismus ausgesprochen hätte. . . . Den besten Einblick in die Stimmung der Arbeiter geben die geheimen Aufrufe, die die Arbeiter selbst — denn die sog. Parteintelligenz ist fast durchweg verhaftet — gedruckt, mit der Schreibmaschine geschrieben oder hektographiert herausgeben. Sie erscheinen in allen Industriezentren, und kein einziges handelt über etwas anderes als den Kampf gegen den Zarismus.

Ein zweiter Beweis: die Arbeiter lehnen die Beteiligung an den Kriegsgeldsammlungen ab. . . . Trotz aller Gewaltmaßregeln der Fabrikverwaltungen haben z. B. im Petersburger „Kullan“ von 5—6000 Arbeitern nur 300 Beiträge gezeichnet. Nein, die aufgeklärten russischen Arbeiter sind Kriegs- und Zarenfeinde geblieben. . . . Die aktuellste Frage ist der Krieg gegen den Krieg. Wir wußten nicht, was die ausländischen Genossen vorhaben, aber wir waren der Meinung, daß alles gemacht werden muß, um eine Bewegung zu organisieren, die die Regierung nötigt, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Wir werden den Kampf unter der Losung des Friedens ohne Annexion führen und die demokratische Republik erstreben. . . . Man darf sich durch Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen. Wir werden unseren eigenen Weg des Kampfes gehen und hoffen, daß die Erfahrung des Weltkrieges die Internationale gestärkt und geschlossener auferstehen lassen wird. Sie wird in einer Atmosphäre verstärkter Gegensätze zu wirken haben, deshalb hoffen wir, daß alle schädlichen Illusionen verschwinden werden.

Morgenglocken des internationalen Solidaritätsempfindens und des Friedenswillens erschallen laut aus der Welt der Frauen, besonders der sozialistischen, der proletarischen Frauen. Gewiß fehlt es auch da in den kriegsführenden Ländern nicht an Genossinnen, die das Panier des neuen bürgerlich-patriotischen Glaubensbekenntnisses zum Vaterland verzückt schwingen und die alte Sturmflagge des Sozialismus in ein bescheidenes Winkelfchen verbannt haben. Jedoch alles in allem sind die Sozialistinnen überall weit weniger in ihrer grundsätzlichen Bewertung des Weltkrieges wie ihrer eigenen Aufgabe erschüttert worden als die Männer. So hat sich denn auch die junge sozialistische Fraueninternationale wacker behauptet, und ungeachtet der schwierigeren äußeren Verbindungen haben die inneren Beziehungen zwischen den Genossinnen aller Nationalitäten an Kraft und Innigkeit gewonnen.

Die englischen Sozialistinnen waren in den kriegsführenden Staaten die ersten, die in einer „Botschaft an die Frauen aller Länder“ vor der siebengesühtelten Welt ihre internationale Solidarität und ihre tiefe Friedenssehnsucht bekannnten. Ehre den tapferen Frauen! Es ist unmöglich, an dieser Stelle die vielen freiwilligen Sympathiekundgebungen auch nur aufzuzählen, mit denen die sozialistischen Frauen in den neutralen Ländern sofort für die Botschaft dankten. Dagegen müssen wir die aus den kriegsführenden Staaten vermerken. Die russischen Genossinnen begrüßten die Botschaft als einen Hoffnungs-schimmer über den dunklen Tiefen des Brudermordes; die Sozialdemokratinnen Oesterreichs beschlossen auf ihrer ersten größeren Zusammenkunft eine herzliche Rückäußerung; Genossin Fiebig gab in einem Brief der Schwesterlichen Genossin der deutschen sozialistischen Frauen Ausdruck. Das Antwortschreiben der internationalen Sekretärin ver-

sicherte die englischen Genossinnen der Anerkennung und Treue der sozialistischen Frauen aller Länder und enthielt eine Solidaritätserklärung auch mit den Proletarierinnen der übrigen in den Krieg verwickelten Länder. Es wertete vom sozialistischen Standpunkt aus die Ursache und den Charakter des Weltkrieges und wies darauf hin, daß das Eintreten für den Frieden die nächste große gemeinsame Aufgabe aller Sozialistinnen sei. Dieser Gedanke wurde noch bestimmter und eingehender begründet Mitte November vor die sozialistische Fraueninternationale gestellt. Es geschah in einem Aufruf der internationalen Sekretärin, der zu planmäßigem und kraftvollem Wirken für den baldigen Frieden aufforderte. Es versteht sich, daß die Genossinnen in den neutralen Ländern ihm die weiteste Verbreitung gegeben haben, wichtiger ist jedoch die Frage, welches war sein Schicksal in den kriegsführenden Ländern? In Deutschland unterfragten die Zensoren die Veröffentlichung des Aufrufs in der „Gleichheit“; in der „Wiener Arbeiterinnen-Zeitung“ erschien er von der sorgenbeschwerten Aufsichtsbehörde erheblich durchlöchert. Die englischen Genossinnen durften ihn ungehindert von der hohen Obrigkeit veröffentlichen und sich für das Wirken in seinem Sinne erklären. Die russischen Genossinnen und Genossen haben sich seine Verbreitung angelegen sein lassen.

In Holland, Italien, der Schweiz, in den skandinavischen Ländern und den Vereinigten Staaten kämpfen die sozialistischen Frauen in Versammlungen und durch die Presse gegen den imperialistischen Weltkrieg und für einen Frieden, der kein blutleerer Schemen ist, vielmehr der sozialistischen Auffassung von dem Recht der Nationalitäten und Völker entspricht. In den Staaten, die nicht von der Kriegesfurie unterjocht sind — so in der Schweiz, in Skandinavien und Holland — soll der heuerliche Frauentag zu einer gewaltigen Friedenskundgebung von ausgeprägtem internationalem Charakter werden. Die sozialistischen Frauen der miteinander ringenden Länder haben es in der Hand, trotz Kriegsrecht und Burgfrieden in den Ruf ihrer Schwestern einzustimmen: Krieg dem Kriege! Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, das lehrt uns das mutige Handeln der Pariser Genossinnen.

Auch unter den bürgerlichen Frauen, namentlich den Frauenrechtlerinnen, sind internationale Solidaritätsbewußtseins- und Friedenswünsche lebendig geblieben. „Jus Suffragii“, das in London erscheinende Organ des Weltbundes für Frauenwahlrecht, bringt in jeder Nummer tapfere Friedenskundgebungen. Allerdings wenden sich auch in allen kriegsführenden Ländern Ueberpatriotinnen dagegen, die das Lied vom „Durchhalten“ um jeden Preis zum Ruhm des Vaterlandes ebenso dröhnend anstimmen, wie irgend ein Wehrvereinler. Es sind jedoch andererseits sehr viele und sehr angesehene Führerinnen der bürgerlichen Frauen, die an den alten Idealen festhalten, die sie als schönes Erbgut aus der Hinterlassenschaft des weiland jungen Liberalismus übernommen haben. Ellen Key, Carrie Chapman Catt u. a. haben ihr Talent und ihren Beltruf in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt. Es ist bezeichnend, daß dabei in Deutschland die Organisationen und Führerinnen am entschiedensten und rührigsten auftreten, die energisch für das allgemeine Frauenwahlrecht und die Demokratie kämpfen. So die Frauenstimmrechtsvereinigungen München, Nürnberg, Hamburg, Karlsruhe und last not least die Friedensgesellschaft der Frauen; so Minna Cauer, Anita Augsburg, Lida Hen-

mann und Frida Perlen. In der ersten Hälfte des Februar hat in Amsterdam eine Konferenz bürgerlicher Frauen beschlossen, es sei sofort ein internationaler Frauenkongreß vorzubereiten, der dem Friedenswillen Ausdruck verleihen solle.

Wir verhehlen uns nicht, daß die höllische Symphonie des Schlachtenlärms und die brausenenden nationalistischen Kriegslieder den Friedensruf aus zudenden Frauenherzen zunächst verschlingen. Jedoch auch nur zunächst, wenn die Frauen, wenn die Frauen, wenn die proletarischen Frauen, ernstlich wollen. Und sie müssen wollen, dafern in ihnen das geschichtliche Geschehen dieses furchtbaren Völkermordens zum Erlebnis geworden ist, das mit eherner Zunge die Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes in fest geschlossener internationaler Phalanx der Proletarier predigt. Politische Macht ist nicht an die verfassungsmäßigen Rechtstitel zu direkter oder indirekter Mitwirkung im Parlament gebunden. Sie hat ihre feste Wurzel in den sozialen Dingen und in der Erkenntnis, dem Willen, die diese in den Menschen auslösen. Seien wir Frauen uns der Bedeutung unserer sozialen Leistungen und damit unserer realen Macht bewußt, auf die gerade der Weltkrieg helles Licht wirft. Nützen wir sie, indem wir im Krieg gegen den Krieg kühn voranstürmen und unsern Friedenswillen als bewußt zusammengeballten Massenwillen in gewaltigen Kundgebungen politisch wirksam machen. Das wäre unser erster und wichtigster Anspruch auf eine geschichtliche Rolle in dieser Zeit. Man wird uns ob solchen Kampfes „schlechte Patriotinnen“ schelten, des Verrats am Vaterland zeihen. Sei's drum! Wann hätte uns Sozialistinnen die Verleumdung verschont, und wann wäre sie zur Fessel unseres Tuns geworden? Die Gewalthaber der Stunde werden uns vielleicht verfolgen, unsere Gesinnung und unser Wirken ächten und strafen. Wir wären nicht wert, die Befreiung und Erhebung der Menschheit durch den Sozialismus im Geiste gelebt zu haben, wenn die Aussicht darauf uns schrecken könnte. So sind auch wir für das „Durchhalten um jeden Preis“, jedoch für das entgegengesetzte Ziel wie die neubekehrten imperialistischen Sozialisten: durchhalten gegen den Imperialismus für den Sozialismus.

Wir haben die lebendigen Kräfte gezeigt, die in der Frauenwelt, die in den werktätigen Klassen auch der kriegsführenden Länder sich zu regen beginnen, um durch die Wiedervereinigung der Proletarier und ihren Aufmarsch zum Klassenkampf den Frieden zwischen den getrennten Völkern der Arbeit zu schaffen. Diese Kräfte national und international zu einheitlichem Wollen und Handeln zusammen zu fassen, ist für die Sozialisten der kategorische Imperativ dieser verhängnisvollen Zeit. Hier liegt eine geschichtliche Aufgabe von größter Tragweite vor, mit deren schlouniger und energischer Inangriffnahme namentlich die deutsche Sozialdemokratie die ersten Schritte tun müßte, um zu sühnen, was sie als Bundesgenossin des Imperialismus an der Arbeiterinternationale gesündigt hat. Ihrer Entscheidung und Haltung kommt um so größere Bedeutung zu, als sie das stärkste Bataillon der Internationalen stellt, als mustergültiges Beispiel für Theorie und Praxis bewundert wurde und eine kaum bestrittene Führerschaft ausübte. Leider hat es augenblicklich nicht den Anschein, als ob die Partei sich auf ihre Pflicht besänne. Auch die französische Sozialdemokratie hat Viel, Vieles gut zu machen. Mit ihr abzurechnen, ist in erster Linie Sache der französischen Genossen, die ihre Partei und das Proletariat nicht länger

Opfer und Mitschuldige der Politik der herrschenden Klassen werden lassen wollen. Wir stellen fest, was in Deutschland ist. Und da kommt niemand um die beschämende Tatsache herum, daß die ehemals so stolze Sozialdemokratie heute die Gefangene der imperialistischen Kriegspolitik ist und im Kampf für den Frieden versagt. Wohl haben wir die frommen Friedenswünsche gehört, mit denen Parteivorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und andere führende Instanzen die „grundtägliche Stellung der Partei“ beschwören. Allein, was wir trotz allem nicht mit der Lupe zu entdecken vermögen, das ist der Wille zur Tat, der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen einfordert. Ohne diesen Willen zur Tat sind die schönsten Erklärungen nichts als Schall und Rauch.

Worauf warten die leitenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie, um ihn zu beweisen? Wollen sie im Rauschen der militärischen Ereignisse mit delphischer Ruhe und Weisheit den „geeigneten Zeitpunkt“ abwarten, um dann die Kraft der Partei geschlossen in die Waagschale des Friedens zu werfen? Wähnen sie nicht eher handeln zu dürfen, bis die französische Bruderpartei in aller Form friedebelkend die Hand ausgestreckt? Uns will bedünken, daß es die Auffassungen des bürgerlichen Nationalismus und nicht die des internationalen Sozialismus sind, die auf dem tiefsten Grund jedes Zauderns liegen, den Kampf für die Beendigung des Krieges aufzunehmen. Die politischen Ziele des deutschen Imperialismus und die strategischen Maßstäbe seiner Militärs können nicht unsere Aktionen als internationale Sozialisten bestimmen. Mit jedem Tag, den das verderbenschwere Völkerringen länger dauert, wächst die Notwendigkeit, ihm Halt zu gebieten um der Gegenwart und Zukunft des Proletariats halber, die in diesem Falle geradezu handgreiflich mit den höchsten Menschenheitsinteressen zusammenfallen. Und sogar vom engen nationalen Standpunkt aus ist Deutschland der kriegführende Staat, der am allerwenigsten zu befürchten hat, daß ein zwingender Friedenswille als verrufenes Anzeichen der „Kriegsmüdigkeit“ und „Schwäche“ ausgelegt werden könnte. Unbrüderlich und unpolitisch erscheint es uns, das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie vom Verhalten der französischen Sozialisten abhängig zu machen. Man vergesse doch nicht, daß außer Belgien sich ein großer Teil des Ostens und Nordens von Frankreich in deutscher Gewalt befindet. So rücksichtslos wir es verurteilen müssen, daß die französische Sozialdemokratie ihren Pakt mit der Bourgeoisregierung nicht löst, um ihre Bundesbrüderschaft mit der gesamten Arbeiterinternationale wieder zu gewinnen, so können wir es immerhin angeht, die der ganzen Sachlage begreifen. Außerdem und vor allem: seit wann sind die Fehler der Bruderparteien ein Ablafschein für die eigenen Sünden, seit wann ersehen sie die eigene mangelnde Tugend? Wir erinnern zu diesem Kapitel an das ebenso bescheiden-würdige als kluge Wort der russischen Delegierten: „Man darf sich durch die Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen.“

So halten wir eine sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht.

Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen. Eine solche Friedensaktion allein könnte die ersten festen Fundamente legen für den Wiederaufbau der Arbeiterinternationalen. Denn nicht durch schwungvolle Solidaritäts- und Sympathiever sicherungen der Führer und nicht durch weise ausgeklügelte Verständigungsresolutionen kann zusammengefittet werden, was der unselige Krieg in Trümmer geschlagen hat. Der stolze Bau der Internationalen kann nur aufs neue erstehen, zusammengefügt von dem Vertrauen der proletarischen Massen, die sich in den Wettern und Flammen des Klassentampfes brüderlich zusammenscharen. Auch hierfür heißt es: Im Anfang war die Tat! „Schon sind da und dorten Morgenglocken wach geworden.“ Das deutsche Proletariat muß auf ihren Ruf antworten: bereit!

## Aus den Parlamenten.

### I.

### Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion.

Von Heinrich Ströbel.

Berlin, 17 März.

Konrad Haenisch, M. d. A., hat in der gestrigen Nummer des „Hamburger Echo“ einen Artikel veröffentlicht, der den Riß, der sich in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens aufgetan hat (und der durch die ganze Partei geht), mit erfreulicher Schärfe klarlegt.

Auch der Landtagsabgeordnete Hirsch hatte ja in der „Fränkischen Tagespost“ diese „Unstimmigkeiten“ behandelt, aber an den harten Dingen doch erheblich vorbeigeredet. Ihm erschienen die Differenzen gleichsam an den Haaren herbeigezogen und durch das überflüssige Hineintragen reichspolitischer Fragen künstlich hervorgerufen, während es die Landtagsfraktion in dem preußischen Joch doch so bequem gehabt hätte, wenn sie sich auf die ihr durch geziemende Selbstbeschränkung zugewiesenen preußischen Angelegenheiten beschränkt hätte. Die Landtagsfraktion hätte nur ganz einfach den Krieg und alle durch den Krieg geschaffenen politischen Probleme glatt zu übersehen brauchen — und nicht das kleinste Flämmchen der Zwietracht wäre in ihren Fraktions-sitzungen ausgezündelt. Aber da gab es in dieser Körperschaft unbeherrschte Menschen, die an den ungeheuren Tatsachen des Krieges nicht einfach vorübergehen wollten, die nicht in weiser Selbstbeschränkung alles der höheren Einsicht der Reichstagsfraktion überlassen zu dürfen glaubten, die von der „großen Zeit“ in allen Fibern gepackt waren und sich — tomische Käuze! — als Sozialdemokraten verpflichtet wähten, auch in der Preußenkammer zu den gewaltigen Zeitproblemen Stellung zu nehmen. Solcher Leute gab es auf beiden Seiten der Fraktion, und da